



## **Albrecht Glaser**

Mitglied des Deutschen Bundestages

### **REDE - 18.01.2018 - zur Drucksache 19/94**

1. Dieser Antrag ist ein Dokument des real existierenden Populismus. Es handele sich um eine „Millionärssteuer“, welche eine angebliche „steuerliche Privilegierung“ von Vermögen kompensiere.

Dies ist ein Appell an die niederen Gefühle gegen die angeblich „Reichen“. (Gruppendiskriminierung!)

Wenn Sie in München, Frankfurt oder Hamburg 3 Wohnungen besitzen und in einer davon wohnen, dann sind Sie bereits Vermögensmillionär und werden sonach steuerpflichtig. Und Sie werden es jeden Tag mehr – wegen der Immobilienblase, welche der Herr des Schuldenturms in Frankfurt am Main mit Fleiß erzeugt. Wenn die Blase dann platzt, sind die Wohnungseigentümer wieder ärmer. Sie haben jedoch vorher Blasensteuer gezahlt.

2. Dieser Antrag ist auch ein Dokument des real existierenden „Sozialismus“, einer Religion, deren Zahl gläubiger Anhänger nach 1989 kleiner geworden ist, aber es gibt sie noch. Ihr Credo lautet: Es ist genug da, man muß es nur richtig verteilen!

Diese Parole war stets Ausdruck eines völligen Unverständnisses des Wirtschaftsprozesses.



## **Albrecht Glaser**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Der steuerliche Zugriff auf die Vermögenssubstanz, insbesondere Betriebsvermögen als Mittel der Staatsfinanzierung ist Kampf gegen einen prosperierenden Wirtschaftsprozess. Er stellt eine Enteignung dar und verstößt damit gegen Artikel 14 GG. Er dient nicht einmal der „Umverteilung“, die diesen Eingriff angeblich rechtfertigt. Er erhöht allein die Staatseinnahmen.

Deshalb ist zu Recht

- die Lohnsummensteuer als Substanzeingriff bereits in den 70er Jahren von der SPD/FDP-Koalition abgeschafft worden
- deshalb ist zu Recht 1997 aus den gleichen Gründen die Gewerbekapitalsteuer von der CDU/FDP-Koalition abgeschafft worden
- deshalb wird die teilweise Zurechnung von Schuldzinsen beim Gewerbeertrag als Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer zu Recht kritisiert und muß in der Zukunft abgeschafft werden



## **Albrecht Glaser**

Mitglied des Deutschen Bundestages

- deshalb ist zu Recht die Vermögenssteuer von der CDU/FDP-Koalition 1997 in der Erhebung ausgesetzt worden und muß folgerichtig endgültig abgeschafft werden
- und deshalb will der Präsident Macron die Vermögenssteuer in Frankreich zumindest teilweise abschaffen. „Um heimische Investoren in Frankreich zu halten“.

Und im übrigen gilt:

Dieser Staat hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Und das wird in jüngster Zeit gerade unlösbar gemacht: **Die Immigrationswelle wird staatliche Folgekosten von ca. 1 Billion Euro nach sich ziehen** und jede weitere Zuwanderung entsprechend mehr. Als „mittelbare Staatsverschuldung“, wie die Finanzwissenschaft das nennt, sind die Kosten bereits heute existent und rechenbar, wie wir aus seriösen Berechnungen wissen.

3. Ja, wir haben ein Vermögensproblem in diesem Land. Und das betrifft die breiten Schichten der Bevölkerung.



## **Albrecht Glaser**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Kanzlerin pflegt in ihrer unnachahmlich präzisen Sprache zu sagen: „Deutschland ist ein wohlhabendes Land.“ – Dies ist jedoch unzutreffend.

Die Deutschen haben die geringste Wohneigentumsquote EU-weit. Und wie wir seit der EZB-Vermögensstudie von 2013 wissen, sind die Deutschen vergleichsweise arm. Das Nettoprivatvermögen der Familien schwankt in Europa zwischen 400.000 und 50.000 Euro (in medianer Darstellung). Dabei sind die Spitzenreiter Luxemburg und Zypern. Italien liegt mit 174.000 Euro weit über dem Durchschnitt, dieser liegt bei 109.000 Euro. Und was bemerkenswert ist: Griechenland liegt nahe beim Durchschnitt mit 102.000 Euro. In der unteren Hälfte finden sich Portugal und die Slowakei mit 75.000 bzw. 61.000 Euro. Das Schlußlicht ist Deutschland mit 51.000 Euro.

4. Also stellt sich die Frage, was die Politik tun kann, um eine wirksame Vermögensbildung für breite Bevölkerungsschichten zu ermöglichen. Das Wichtigste dabei ist, die Gewährleistung einer guten Einkommensentwicklung bei zumutbarer Abgabenbelastung. Dazu findet jedoch nichts statt, ganz im Gegenteil:

Deutschland ist innerhalb der OECD das Land mit der zweithöchsten Abgabenquote. Dem privaten Sektor



## **Albrecht Glaser**

Mitglied des Deutschen Bundestages

fehlt daher die Luft zum Atmen, will heißen zur Vermögensbildung. Der „fette Staat“ ist nicht der starke Staat und auch nicht der leistungsfähige. (Und private Altersvorsorge ist seit Jahren dringendes Gebot.)

5. Im Grundsatzprogramm der AfD und im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 sind die Positionen zu dieser Frage dargestellt. Da unsere Fraktion sich am Partei- und Wahlprogramm orientiert und bei uns nach dem Wahltag das gilt, was vorher versprochen worden ist, lehnen wir den vorgelegten Antrag dankend ab. Wir lehnen ihn ab, weil wir ihn für Mumpitz halten. Und wir tun dies dankend, da er uns die Möglichkeit verschafft, diesen Mumpitz der Öffentlichkeit darzustellen.